

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

26.3.1898 (No. 84)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. März.

№ 84.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Besichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1898.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das II. Quartal nimmt jede Postanstalt entgegen. Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Die Marinevorlage im Reichstag. (Ausführlicher Bericht.)

* Berlin, 24. März.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Hohenlohe, Graf v. Posadowski, Tirpitz, v. Bülow, Frhr. v. Tschirnmann, Graf v. Lerchenfeld, Graf v. Hohenhausen, Büchel.

Präsident Frhr. v. Bülow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Besetzung des Hauses und sämtlicher Tribünen ist gleich stark wie gestern.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Auer auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen Schmidt-Frankfurt (Soz.) erledigt. Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Flottengesetzes.

Staatssekretär Tirpitz: Herr Dr. Schädel hat gestern gesagt, daß mein Amtsvorgänger den materiellen Inhalt unserer Vorlage als Staatssekretär gefaßt haben müsse und unser Vorgehen gewissermaßen verschwiegen habe. Ich kann dem Hause beweisen, daß dieser Vorwurf unbegründet ist. Der materielle Inhalt des Gesetzes betrifft doch im wesentlichen den Sollbestand der Flotte, die Indiensthaltung und die Typen. Bezüglich des Sollbestandes fordert das Gesetz auf Grund taktischer Erwägungen zwei Geschwader zu acht Schiffen. In der vorjährigen Denkschrift ist aus taktischen Gründen ein achttes Schiff gefordert zu den sieben aus der Denkschrift von 1892/93. Im Kommissionsprotokoll vom März 1896 hat mein Amtsvorgänger gesagt, die Marineverwaltung denkt nicht an wesentliche Vermehrung der Schlachtflotte, über zwei Duzend Schlachtschiffe gehen wir nicht hinaus. Nun, wenn man von der Materialreserve absieht, so haben wir zwei Geschwader und zwei Küstenschiffdivisionen, macht 24. In der bekannten Niederschrift vom vorigen Jahr ist das 15. und 16. Panzerschiff bereits vorgesehen. Da sie nur bis 1900 geht, war eine Bezugnahme auf die Materialreserve nicht erforderlich. Daraus geht hervor, daß Admiral Hollmann bereits auf dem taktischen Standpunkt gestanden hat, der in diesem Gesetz zum Ausdruck kommt. Kreuzer waren in der Niederschrift 43 vorgesehen, das Gesetz fordert 42. Die Typen entsprechen genau dem, was in der vorjährigen Niederschrift zum Ausdruck kam, sowohl bezüglich der Einheitschiffe, als der kleinen Kreuzer. Was nun die formelle Seite betrifft, so war ja die Marineverwaltung noch gar nicht in der Lage einen solchen abgeschlossenen ausgereiften Gesetzentwurf vorzulegen. Er ist erst das Produkt zehnjähriger angestrengter Arbeit der Marineverwaltung, und mein Amtsvorgänger hatte ja auch zunächst gar nicht nötig, mit einem solchen Plan herauszukommen. Er forderte zunächst Erprobungen, und wenn er nicht gleichzeitig mit einem Material herauskam, zu dem sich jetzt die Marineverwaltung entschlossen hat, so findet das einen ganz erklärlichen Grund in dem Umstand, daß es nicht vorteilhaft sein kann, wenn unser militärischer Standpunkt weiter bekannt wird, als unumgänglich nötig ist. Admiral Hollmann sagte ja, daß die Erfahrungen mit den alten Denkschriften in keiner Weise dazu ermuthigten, wieder mit einer neuen herauszukommen. Ich kann nun ausdrücklich erklären, daß Admiral Hollmann mit diesem Gesetze vollständig, in jeder Beziehung einverstanden ist. (Hört, hört!) Er hat mich ausdrücklich zu dieser Erklärung autorisiert.

Silpeter (Soz. Bauernb.): Wir sind nicht wenig patriotisch, wie die Freunde der Vorlage, aber angesichts der Lage der Landwirtschaft können wir nicht mit Surrah für die Vorlage eintreten. Wir werden dagegen stimmen.

Richter (Freis. Volksp.): Kein Parlament der Welt würde eine solche Bindung des Staatsrechts eingehen. (Warm rechts.) Die Kommissionsberatung hat gar nichts Wesentliches ergeben, wir bleiben daher bei der Ablehnung. Herr Richter sprach gestern von dem Schuß der Seefläkte; er sagte, Herr Waller habe gut reden, der sitze weit vom Schuß. 1889 sagte er: „Die Herren sind, je weiter sie von der Küste abwohnen, desto besorgter, wir Küstenbewohner denken darüber etwas anders.“ (Große Heiterkeit. Richter springt auf und ruft: Sie haben ja keine Ahnung! Schallende Heiterkeit.) Damals sagte er (Richter: Ach was! Große Heiterkeit) — aber lassen Sie mich doch weiter vorlesen, es ist ja so interessant (Heiterkeit) — „jetzt reichen die Geschütze viel weiter, als 1889“, sagte Herr Richter. Nun, die Kanonen unserer Küstenforts reichen auch weiter. (Heiterkeit.) Damals sagte er, Herr v. Stosch habe ihm gesagt (Heiterkeit), es sei ein Hineinfahren in unsere Küstenküste für eine feindliche Flotte unmöglich; heute hat er Furcht vor dem Bombardement von Hamburg. Im vorigen Jahr hat Herr Hollmann in der Budgetkommission nach meinen stenographischen Aufzeichnungen, die ich beschreiben kam, ausdrücklich gesagt, eine Flotte kann nicht in die Flüsse einlaufen, etwa um Hamburg zu bombardieren. Nachher hat er das etwas abzuschwächen versucht. Das Septennat bedeutet absolut keine Verkürzung der Limitierung, denn die ersten Raten sind ja darin; im Gegentheil, es stellt uns in dieser Beziehung finanziell noch ungünstiger. Die Raten aus den 190 Millionen, um die nach der Erklärung des Unterstaatssekretärs Aschenborn der Anleihebedarf in sieben Jahren gesteigert werden wird, sind in die Limitierung nicht ein-

begriffen. Die Anforderungen aus andern Bedürfnissen, z. B. die Steigerung des Pensionsfonds, die wird man auf Steuern und Anleihen werfen. Wo ist da die Deckungslücke? Das Septennat! Herr Schädel hat schon gesagt, wer A sagt, wird auch B sagen müssen. Ich mache darauf aufmerksam, daß in der Begründung ausdrücklich gesagt wird, daß alles bis 1904 verlangt wird nur nach den heutigen Seeinteressen. Man braucht uns mit dem Schreckgespenst der Zukunft nicht zu ängstigen, der Geist geht schon leibhaftig um. Das ist der Geist der außerordentlichen Ueberhäufung der Marine. Mit Zweifeln sage ich: Gegenüber diesen Strömungen haben wir Vertrauen zu setzen. Aus dem Mißtrauen gegen die Volksvertretung ist dieses Gesetz geboren, wir verdanken unsere Mandate dem Vertrauen unserer Wähler. Vertrauen gegen Vertrauen! Wir lehnen diese Vorlage ab im Interesse der Allgemeinheit. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Tirpitz: Das dringende Motiv für die Vorlage ist die Schaffung einer Flottenorganisation, das nachzuholen, was bei der Gründung der Marine nicht möglich war mangels der nötigen Erfahrungen. Wie soll aber eine Organisation anders gemacht werden als gesetzlich? Denn sie ist etwas Dauerndes. Wenn wir in unserem Vorgehen noch besätkt zu werden brauchten, so wäre dies nicht zum mindesten der Fall gewesen durch die Ausführungen der grundsätzlichen Opposition und speziell durch die Ausführungen eines so hervorragenden Parlamentarieres, wie es der Vorredner ist. Als ich nach Deutschland zurückkam und die Vorgänge hier ansah, da fand ich auch in der freisinnigen Zeitung des Herrn Richter das Verlangen nach einem bindenden festen Programm der Regierung (hört, hört! rechts), sonst werde der Reichstag schwerlich von seinem bisherigen Prinzip abgehen. (Hört, hört! rechts.) Die einzelnen Etatsforderungen, heißt es dann weiter, müssen jährlich auf ihre maritime Durchführbarkeit geprüft werden. (Na, also! links.) Was ist denn ein festes bindendes Programm? Man einigt sich, fixirt das Ergebnis, und das geschieht eben in einem Gesetz. (Sehr richtig.) Ich war daher außerordentlich erstaunt, daß, als das Gesetz herauskam und das bindende Programm vorlag, die Auffassung des Vorredners sich sofort umdrehte. Man verfährt eben nach dem Rezept, zwei Eisen im Feuer zu haben. (Beifall und Heiterkeit.) Die Schiffe sind der Lebensnerv für die Marine wie die Formationen für die Armee. Der Vorredner hat auch über das italienische Gesetz gesprochen. Ich kann ihm aber aus einer Liste die Schiffe erster Klasse verlesen, die in den Jahren 1877 bis 1887 gebaut worden sind. Es sind das die großen Panzerschiffe Lepanto, Italia, Re Umberto u. s. w., ferner mehrere Kreuzer. Unser Gesetz will eben die Uferlosigkeit ausschließen. Die sachlichen Gründe des Herrn Vorredners sind noch abzuwarten. Er sagt, wir brauchen Einheitschiffe, aber er bewilligt sie nicht. Das ist keine Anerkennung der Nothwendigkeit. (Heiterer Beifall rechts.) Ich habe rückhaltlos unsern militärischen Standpunkt gekennzeichnet, um unserer Vorlage die nötige Unterlage zu schaffen, um jede Wirrung sachlicher Bedenken abzuschwächen. Der Vorredner hat mich nicht mit einem Wort widerlegt, er ist nicht mit einer einzigen sachlichen Widerlegung herausgekommen. Man muß also doch daraus schließen, daß er in der Kommission, wo er frei sprechen konnte, meinem Standpunkt und meiner Darlegung nicht gewachsen war. (Sehr gut! rechts.) Ich habe dargelegt, daß wir unsere Schlachtflotte brauchen in erster Linie zur Freihaltung unserer Meere, um eine Blockade zu verhindern. Im Kriegsfall wird ein großer Theil unserer Grenzen geschlossen sein, und die Eisenbahnen werden mit andern Dingen belastet sein, umfomehr also muß die See in Anspruch genommen werden. Auch zur Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist eine Schlachtflotte vonnöthen. Hätten wir eine solche nicht, würden wir einem chronischen Siedtuch verfallen, wir würden uns der Gefahr eines Desastationskrieges aussetzen. Wir müssen dem eventuellen Andrang moderner Flotten widerstehen können. Haben wir eine gute Schlachtflotte, dann kann auch die Küstenbefestigung schwächer sein. Der Vorredner glaubte nachweisen zu können, daß dieses Gesetz für unsere Auslandschiffe nichts bedeutet. Nun, schon die bloße Annahme dieses Gesetzes wird die Bedeutung unserer Auslandschiffe bedeutend heben. Auch seine Zahlenangaben sind nicht richtig. Das Gesetz fordert 42 Schiffe, 33 haben wir, fehlen 9; davon kommen 5 auf die Schlachtschiffe, 4 als Auslandschiffe. Sehen Sie sich das Gesetz und seine Begründung genau an. Sie werden finden, daß die Schlachtflotte in gleicher Weise wie die Auslandschiffe gefördert wird. Auf Herrn v. Stosch beruft sich Herr Richter. Herr v. Stosch hat diesen Plan gekannt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Noch einen Tag vor seinem Tode habe ich von ihm einen Brief erhalten, in dem er zustimmt (hört, hört!) dem Maße und der Art von Seestreitkräften, wie sie hier gefordert werden. (Hört, hört!) Wenn diese positiven Angaben Ihnen gegenüber nichts helfen, dann wird meine Redeunsi nicht helfen. Was gibt es Besseres und Sichereres für Sie, als die Marineverwaltung zu binden, und zwar durch ein Gesetz? Dieses Gesetz dient dem Vaterlande und das Vaterland wird Dank wissen denen, die es machen. (Lebhafter Beifall.)

Schlagsekretär Frhr. v. Tschirnmann: Nur zwei Ziffern des Herrn Richter. Er hat erwähnt, daß der Unterstaats-

(Mit einer Beilage.)

sekretär Aschenborn in der Budgetkommission die durch das Flottengesetz-Septennat notwendige Anleihe auf 190 Millionen beziffert hat. Ganz richtig, nur klang es bei Herrn Richter so, als ob das ein Plus von 190 Millionen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bedeute. Davon ist keine Rede. Wir haben im laufenden Etat eine Anleihe von 26 1/2 Millionen für Marinezwecke. Multiplizieren Sie das mit sieben oder vielmehr jetzt mit sechs, so macht das 160 Millionen. Also das Plus ist nur 30 Millionen oder 5 Millionen pro Jahr, auf welche sich die große Ziffer von 190 Millionen reduziert. (Heiterkeit.) Ferner hat Herr Richter von einer Steigerung des Pensionsfonds um jährlich 4 1/2 Millionen gesprochen. Die Ziffer stimmt, es ist aber nicht der Pensionsfonds der Marine, sondern der allgemeine Pensionsfonds. (Heiterkeit und hört, hört!) Auf den Marinepensionsfonds kommt davon der 17. Theil. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Dr. v. Bennigsen (nat.-lib.): Der Abg. Richter hat das Schreckbild der Gefährdung des Konstitutionalismus, den Absolutismus, an die Wand gemalt. Diesen übertriebenen Ausführungen gegenüber stelle ich folgende allgemeine Behauptung auf: In allen europäischen Parlamenten existirt kein Politiker von hervorragender Bedeutung, der mit seinen Freunden nationale Fragen der Landesverteidigung, Landheer und Marine fortgesetzt zum Exzerzierplatz der Aufregung des Etats macht. (Stürmischer Beifall.) Dann, was die Gefährdung des Konstitutionalismus anlangt, wenn überhaupt dem Konstitutionalismus der Parlamente in Deutschland eine ernsthafte Gefahr einmal drohen sollte, dann würde sie darin bestehen, daß in den nationalen Fragen der Landesverteidigung einmal und wiederholt und nochmals das Parlament verjagt. (Lebhafter Beifall.) Dann allerdings wird sich die Nation von einem solchen Parlament abheben, dann allerdings können gefährliche Bahnen beschritten werden. (Lebhafter Beifall.) Endlich möchte ich eins behaupten, und das ist speziell für Herrn Richter bestimmt: seine konstitutionell aufgeregte Rede würde er nicht gehalten haben, wenn er noch den geringsten Zweifel daran hätte, daß das Gesetz von einer erheblichen Mehrheit angenommen werden wird. (Stürmische Zustimmung, Lärmende Gegenrufe von Richter. Gelächter und wiederholter Beifall.) Hätte er daran noch den geringsten Zweifel gehabt und hätte er dann also voraussehen müssen, daß diese Flottenfrage, der Inhalt dieses Gesetzes, einen wesentlichen Theil der Wahlbewegung nach der Ablehnung dieses Reichstags bilden würde, dann würde er sich wohl gehütet haben, eine solche oppositionelle Rede zu halten. (Heitere Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen. Richter ruft: Sehr richtig, sehr wahr, sehr wahr! Richter protestirt entrüstet.) — Wohl gehütet haben, Herr Richter; denn es mag mir der Herr Abgeordnete glauben: im Lande sieht es ganz anders aus (lebhafteste Zustimmung), auch in den Kreisen, die Herrn Richter näher stehen als mir. Wenn ein derartiger Standpunkt und solche Ausführungen wirklich in der nächsten Wahlbewegung eine wesentliche Rolle zu spielen hätten, so würde der Vortheil schwerlich auf der Seite des Herrn Richter sein. (Richter: Sehr wahr!) Herr Richter beruft sich auf Windthorst. Ich werde es denen Freunden überlassen, allenfalls Nütziges zu erwidern. So wie er als ein erfahrener und kluger Politiker zu derartigen großen Fragen sich gestellt hat, wenn er nicht etwa lediglich vom Oppositionsstandpunkt aus die Sache behandeln wollte, so ist das auch hinsichtlich Militär und Marine gewesen. Ich glaube mich zu erinnern, daß er gelegentlich parlamentarische Aeußerungen gemacht hat, daß er gerade bei der besonderen Bedeutung von Militär und Marine auch nicht viel dagegen einzuwenden hätte, wenn ganz pauschale Zustände geschaffen würden. Er ging also noch weiter. Ich kann mich dessen nicht bestimmt erinnern, aber es schwebt mir so vor, und das würde auch nicht im Widerspruch stehen mit seiner ganzen Vergangenheit. Er ist bekanntlich in Hannover zweimal Justizminister gewesen, er stand zwei Jahre an der Spitze einer altliberalen Opposition, und grade er hat damals die Pauschalverhältnisse für das Militär vertreten und befürwortet. (Hört! hört!) Nun hat der Abg. Richter hinsichtlich des Umfangs und der Bedeutung der Flotte auch seine Einwendungen gemacht, vermischte mit einigen von mir für platonisch gehaltenen Erklärungen, daß er ja nicht im Prinzip dagegen sei; etwas hätte man für die Vermehrung der Flotte vielleicht schon thun, doch müsse man im einzelnen Falle aufs genaueste prüfen. Die jetzige Flotte reiche ja aus, weitgehende Weltzwecke dürfe man nicht ins Auge fassen; wenn wir diese Forderungen erst bewilligt hätten, würde noch eine größere Flottenvorlage erscheinen. Ich erinnere mich genau an den Eindruck, den ich hatte, als der Chef des Marineamts diese Vorlage dem deutschen Volke mit seiner Verantwortlichkeit unterbreitet hat. Die Opposition hatte sich auf eine ganz andere Vorlage eingerichtet, in ganz anderer Weise war die oppositionelle Stimmung im Lande hervorgerufen worden. Nun kommt auf einmal diese Vorlage, die sich gegenüber den Plänen von 1873, gegenüber den Fortschritten in andern Ländern innerhalb ganz mäßiger Grenzen hält, die in finanzieller Beziehung die Kräfte des Landes in keiner Weise übermäßig in Anspruch nimmt. Ich möchte sagen, Herr Richter und die andern, die sich vorgenommen hatten, der Flottenvorlage, wie sie aussehe würde, nur die entschiedenste Opposition zu machen, sind nicht bloß erstaunt, sondern ganz erschrocken und enttäuscht gewesen (sehr gut und stürmische Heiterkeit!) über den Inhalt dieser Vorlage. Sehen Sie, so ist denn auch heute Herr Richter in dem letzten Theil seiner Rede, wo er die stärksten Drücker anzuwenden suchte, nichts weiter übrig geblieben, als wie — nicht diese Vorlage, sondern — etwas anderes zu bekämpfen, was demnach aus derselben in der Zukunft erwachsen würde. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Ja, das ist nun die Art und Weise, wie die politischen Geschehnisse leider vielfach noch in Deutschland behandelt werden. (Sehr gut! rechts.) Wir müssen das ertragen, daß, abweichend von andern Parlamenten, man

eine solche prinzipielle Opposition bei derartigen Lebensfragen des Volkes hat. Ich habe vorhin ausgeführt, daß in der Beurteilung dieser Vorlage und des Erfordernisses an Schiffen, das in derselben enthalten ist, bereits ein Umschwung eingetreten ist; nicht bloß etwa in Norddeutschland, wo man den Küsten näher ist, sondern in ganz Deutschland ist doch allmählich ein großes Verständnis für die Marinefrage ausgegangen. Ich nehme selbst Bayern und andere Teile Süddeutschlands nicht ganz aus. Das große Interesse hat nun auch allmählich wirklich die Bevölkerung in den bürgerlichen Klassen gemacht. Wir haben derartige außerordentliche Fortschritte gemacht in der Ausdehnung unserer Handelsmacht in den letzten 20 Jahren, daß wir mit Recht die Eiferjucht und die Besorgnis der benachbarten Völker, speziell auch der Engländer haben erwachen sehen. Ich will Ihnen nur vier Zahlen nennen, und es wird genügen, um den Fortschritt Deutschlands im Weltverkehr in den letzten 20 Jahren darzulegen. Unser Anteil am gesamten Weltverkehr betrug im Jahre 1880 9,7 Proz., der englische Anteil 23,2 Proz.; 1896 hatte England einen Anteil von 17,5 Proz., Deutschland von 10,8 Proz. (Vielmehr: Ohne Flotte!) Ja, in diesem Jahre haben wir uns im Frieden befunden (sehr gut! und Heiterkeit), sonst würde es mit diesem Handel ganz anders aussehen. Also ein solches Anwachsen in dem Prozentverhältnis Deutschlands gegenüber England in etwa 16 Jahren ist ja ganz außerordentlich. Wenn ich noch die absoluten Zahlen von 1880 bis jetzt hinzufügen darf, so hat in der Zeit der Export- und Importhandel von Deutschland zusammengerechnet um etwa drei Milliarden abgesetzt und der Export- und Importhandel von England zusammengerechnet nur um weniger als eine Milliarde. Das sind doch Zahlen, die uns in Deutschland und vermutlich auch den Engländern zu denken geben. Mit den Engländern werden wir wahrscheinlich schon sehr schwere Kämpfe haben. Nun, solch große Interessen zu schämen im Krieg und Frieden, haben wir doch wahrhaftig allen Anlaß, und ich will das gar nicht ausmalen, was das an Schaden entstehen könnte, wenn wir bei Zeiten die nötigen Vorsichtsmaßregeln in unserer Marinerrüstung vermeiden hätten. Wenn Herr Schönant Mitglied der Kommission gewesen wäre, so würde er wohl seine gestrigen Angriffe gegen den Referenten unterlassen haben. In der Kommission haben alle Parteien anerkannt, mit welchem Eifer und mit welcher Sachkenntnis der Herr Referent in diese schwierige Materie hineingestiegen ist, und das hat er in Tagen getan, wo er zum Teil sehr leidend war. (Vehemente Zustimmung.) Frhr. v. Hertling hat gestern schon seinen Fraktionsgenossen in Schutz genommen und hat hervorgehoben, daß die Stellung seiner Partei eine andere geworden sei und daß das Centrum in seiner jetzigen einflussreichen entscheidenden Stellung mit dem Gefühl der Pflicht und Verantwortung an die Lösung der großen nationalen Aufgaben heranzutreten habe, ohne im einzelnen Falle zu fragen: cui bono? Das ist ein Standpunkt, den ich als durchaus zutreffend bezeichnen kann, den in früheren Zeiten die damals mehr entscheidenden konservativen und liberalen Parteien ebenfalls für sich in Anspruch genommen und, wie ich glaube, auch darnach verfahren haben. Nun weiß ich wohl, diese einflussreichere Stellung des Centrums hier in Deutschland hat vielfach in mir nahestehenden Kreisen Bedenken nachgerufen. Man fragt da nach Zwecken, die möglicherweise verfolgt, nach Gefahren, die daraus entstehen können. Ich habe mir aber gesagt: wenn auch die anderen Parteien oder wenigstens ein Teil derselben über die vielen Fragen, welche im Verhältnis des Staates zur Kirche in Betracht kommen, oder von der Kirche zur Schule, von der Volksschule bis zur Universität hinauf, verschiedener Meinung sein werden wie das Centrum, und wenn diese Meinungsverschiedenheit unsere Enkel und Enkel-Enkel noch beschäftigen wird, so halte ich es doch für einen in unsern ganzen Verhältnissen liegenden erfreulichen Fortschritt, wenn eine so große Partei wie das Centrum zu den Fragen, die die Nation auf's Stärkste bewegen, eine etwas andere Stellung in den letzten Jahren eingenommen hat und bei dieser Gelegenheit auch, wie es scheint, wieder einnehmen wird, als das früher der Fall gewesen ist. Nun habe ich schon vorhin erwähnt, daß eine Ablehnung der Vorlage möglicherweise eine Aufspaltung des Reichstages zur Folge haben könnte, und ich will nicht verbergen, daß hier und da aus konservativen und liberalen Kreisen mit der Gedanke nahegetreten ist, das Unglück wäre am Ende nicht so groß, wir hätten da eine vorzügliche Wahlparole bekommen und dadurch einen Reichstag, der demnächst höchst wahrscheinlich mit Majorität diese Vorlage bewilligen und dann noch besser zusammengefaßt wäre — nach Auffassung dieser Herren, — als der gegenwärtige ist. Ich habe darauf erwidert, und das ist meine Meinung, die Diagnose für die Wahlparolen und das Ergebnis der Reichstagswahlen ist das unsicherste, was es auf der Welt gibt. Es kann eine Sache anscheinend eine große Bedeutung haben, und nach Wochen oder Monaten kommt etwas dazu, was an Bedeutung so hoch ist, daß das erstere an ernsthaftem, praktischem Wert verloren hat. Ganz abgesehen davon — ich bitte zu verzeihen, wenn ich es ausspreche — in der politischen Lage, in der wir uns befinden, würden die Aufspaltung des Reichstages, der schwere Kampf, der daraus hervorgeht, die Beunruhigung während eines halben Jahres, bis der Reichstag wieder zusammentritt und an diese und andere große Fragen herantritt, ein nationales Unglück für uns sein. Wir haben jetzt Engagements, die vielleicht an Tragweite von großer Bedeutung sind, in Ostasien übernommen — unsere Schiffe sind jetzt drüben — wir haben mit einer glänzenden Initiative und einer sehr geschickten diplomatischen Leistung und mit großer Energie in der Ausführung in dem 800-Millionen-Rande Besitz ergriffen, wir haben einen sehr wertvollen Besitz mit dem wertvollsten Reichthum in die Hände bekommen und wir werden zweifellos auf dieser Grundlage im Stande sein, an der Aufschlüsselung dieses großen Reiches uns einen erheblichen Anteil zu sichern. Wenn wir das wollen, so braucht es dazu aber Zeit und Autorität, es braucht dazu einen mächtigen Ausdruck und Eindruck unserer deutschen Regierung, und nichts wäre unglücklicher, als wenn gerade im ersten Jahre, in dem eine solche Erwerbung gemacht ist und nicht nur die chinesischen Mandarinen, sondern auch, wenn ich sie so nennen soll, die Mandarinen in den europäischen Ländern mit der größten Eiferjucht auf das Vorgehen und die zu erwartenden Erfolge von Deutschland in China hinblicken, auf einmal eine solche Störung in dem Verhältnis von Reichsregierung und Reichstag einträte. Mag demnächst aus dem Wahlkampf auch ein anderer Reichstag hervorgehen, mag auch die Flottenvorlage angenommen werden, einseitigen würde ein solcher Kampf weiter nichts bedeuten, als eine große Schwächung des ganzen Einflusses und der großen Aktionen Deutschlands nach außen. Es ist in der That in dem Verständnis für die Aufgaben der Flotte, in der Zustimmung zu dem Inhalt dieser Vorlage wirklich wie ein früherer Zug einmal wieder durch das deutsche Volk gegangen, wo gegenüber allen diesen widerwärtigen politischen Intrigen und den persönlichen und Interessenfreitigkeiten des Tages doch einmal wieder eine große, alle gleichmäßig betreffende Frage an die Nation herangetreten ist. Wenn vorhin etwas negierend darauf hingewiesen ist, daß in solchen Fragen doch auch die Fürsten eine gewisse Aufgabe haben, und wir uns in Deutschland noch heute mit Stolz und Freude daran erinnern, daß mit weitsehendem Blick vor Jahrhunderten der große Kurfürst schon Verständnis dafür gehabt hat, was die Flotte für ein Volk und seine Bedeutung und für seinen Handel ist, so sollten wir dankbar dafür sein, wenn auch neuerdings Fürsten

für diese großen Aufgaben einer Nation ein volles Verständnis besitzen und ihre Interessen dafür betätigen. (Vehementer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich hoffe, die Vorlage wird angenommen. Wir werden dann dem Landheer, das wir besitzen und das jeder einzeln, auch der größten kontinentalen Macht vollständig überlegen ist, das selbst in der Lage sein würde, einen Koalitionsschlag noch zu bestehen, innerhalb der Grenzen, die uns dafür gesteckt sind, eine ausreichende Marine an die Seite stellen. Das möchte ich behaupten; erst wenn das Landheer auch verstärkt ist durch eine so starke Marine im Hinblick auf die stets wachsende Bedeutung von Handel, Schifffahrt u. s. w., erst dann werden wir Deutsche in der Lage sein, im Frieden und im Kriege ein vollwertiger, vollgeachteter Bundesgenosse und Gegner für alle andern Länder zu sein. (Stürmischer Beifall.)

v. Kardorff (Reichsp.): Daß Herr Bebel mit einem gewissen inneren Behagen von dem Zerfall der andern Parteien spricht, das ist doch ganz selbstverständlich; er will ja nur eine einzige Partei an der Regierung haben, seine eigene. Wie sind denn die Herren zu dieser Sinnesänderung gekommen? Die Antwort ist doch sehr einfach. So lange man der Ansicht war, daß eine Flottenvermehrung nur durch eine Steuervermehrung zu erreichen sei, hatten sie Bedenken, für diese Bedenken ist heute die Unterlage beseitigt. Ist das eine veränderte Stellung? Das ist doch außerordentlich natürlich. Herr Bebel hat recht, eine parlamentarische Regierung haben wir bei uns nicht, aber sehen Sie sich doch die Zustände in den andern Ländern an. Hat denn irgend ein einziges von den andern Ländern, den politischen, den wirtschaftlichen Aufschwung erreicht wie wir? Kein einziges. Hat in irgend einem Lande der Einzelne so große persönliche Rechte? Ein gleiches Wahlrecht? Der Abgeordnete muß stimmen nach seiner Ueberzeugung, nicht um den Wähler nach dem Mund zu reden, andernfalls soll er sein Mandat niederlegen. Das jetzige Verhalten des Reichstages gibt mir die Zuversicht, daß auch der zukünftige in großen Fragen nicht versagen wird. (Beifall.)

Dr. Spahn (Centr.): Früher lag die Sache technisch ganz anders. Da handelte es sich um die Streitfrage Schlagschiffe oder Kreuzer. Jetzt steht gerade der Abschluß des Kampfes bevor. Zu Unrecht schleudert Herr Bebel seine Angriffe ins Centrum, auch zu Unrecht mit seiner Berufung auf Windthorst. Dieser hat nicht, wie Herr Schönant behauptet, das Staatsrecht als Palladium bezeichnet. Herr Schönant hat falsch zitiert. Die Worte Windthorst bezogen sich auf die Eventualität eines Staatsstreiches, der gegenüber der (Windthorst) alle Zeit das Palladium der Verfassung hoch halten werde. (Hört, hört! im Centrum.) Aber im Gegentheil, Windthorst hat sich noch deutlicher geäußert. Bei dem letzten Septennatsstreit bemerkte er, wenn er die Gewißheit hätte, daß die Regierung zu einer Art Abkommen geneigt sei, so war, daß sie für eine gewisse Zeit auf neue Forderungen verzichte, so lege er kein Gewicht auf die Dauer, und glaube, beide Theile würden ein gutes Geschäft dabei machen. (Hört, hört! im Centrum.) Als der verstorbenen Dr. Buhl den Abg. Windthorst auf das Bauquantum in Hannover verwies, erklärte er öffentlich: es liege sich ein solches dauerndes Abkommen denken, welches zweifelhaft wäre, so daß wir der Regierung die bestimmte reichlich bemessene Summe Geldes gäben, wofür sie die Verpflichtung übernimmt, die Armee zu erhalten. So war es in Hannover, und dabei hat Hannover sich wohl befunden. (Vehementer Beifall, hört, hört!) Soweit Windthorst. Wir sind uns der schweren Verantwortung bei unserer Stellungnahme wohl bewußt. Den Herren aus Polen möchte ich zu bedenken geben: Die Ursache von Polens Zertrümmerung beginnt mit dem Augenblick, wo Polen von der Dittsche getrennt wurde. Wir folgen genau den Spuren Windthorst's, wenn wir dieses Gesetz annehmen. (Vehementer Beifall im Centrum.)

Von der Rechten, dem Centrum und den Nationalliberalen wird nunmehr ein Schlusstrang gestellt und mit großer Mehrheit angenommen.

Berichterstatter Dr. Lieber: Meine Herren! (Große Heiterkeit, sodann stürmische Rufe: Schluß!) Nachdem Sie zwei Tage lang — (Stürmische Unterbrechungen. Rufe: Wollen wir schließen!) In der großen Unruhe des Hauses bringt die Stimme des Berichterstatters nur allmählich durch. Dr. Schädlar glaubte eine durchschlagende Wirkung zu erzielen, wenn er den Artikel 71 der Verfassung dahin interpretierte: wir können, aber wir müssen nicht. Er hat die Zustimmung der Herren Richter und Bebel gefunden. Ich kann zum Schluß aus den Verhandlungen der Kommission mit gutem Gewissen berichten, nicht nur diesem Hause, sondern dem ganzen deutschen Volke: Niemals hat sich ein Gedanke lebhafter in einer Kommission Bahn gebrochen, als der Gedanke dieser Vorlage, nachdem der Staatssekretär des Reichsmarineamts in einem unbegrenzten Vertrauen und Darlegung gemacht hat, die Herr Bebel für leicht wie der Wind erklärt hat, die aber auf uns alle den Eindruck gemacht haben, daß die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes in politischer, wie in wirtschaftlicher Beziehung bei dieser Vorlage in Frage kommt. Sie haben uns überzeugt, daß auf diesem Wege vorgegangen werden muß, vorausgesetzt, daß die Deckungsmittel vorhanden sind. Nachdem diese Voraussetzung geschaffen ist, habe ich Sie nur im Namen der Kommission zu ersuchen, dem § 1 zuzustimmen. (Beifall.)

Die namentliche Abstimmung, die von den Sozialdemokraten beantragt ist, ergibt die Anwesenheit von 351 Mitgliedern, von denen 212 für, 139 gegen § 1 stimmen. Die Parteien der Rechten, die Nationalliberalen und die Freisinnige Vereinigung stimmen geschlossen für die Vorlage, außerdem zwei Drittel des Centrums und die Mehrheit der Antisemiten. Dagegen stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die beiden Volksparteien, Polen, Welfen, Eschasser, der Däne, die bayerischen Bauernbündler, die Antisemiten Bindewald, Hirschel und Köhler und folgende 29 Mitglieder des Centrums: Bäurle, Braun, Burger, Dauringer, Ed. Gerstenberger, Dr. Heim, Kessler, Ritter v. Lama, Lehmeier, Leonhard, Lerno, Moriz, Redermann, Regold, Dr. Richter, Röten, Dr. Schädlar, Schmid-Zimmermann, Dr. Schmitt-Mainz, Schöpf, Schwarze, Steininger, Störker, Frhr. v. Wangenheim, Weber-Bayern, Wenzel, Wigelsperger und Zott.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Samstag Uhr, außerdem Marinetat.

Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Badischer Eisenbahnrath.

35. Sitzung.

Seine Excellenz der Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Brauer, begrüßt die Versammlung und eröffnet sodann die Sitzung mit der Mitteilung, daß als Vertreter der Handelskammer Billingen Herr Menz an Stelle des Herrn Haas anwesend sei, sowie daß die Herren Klein und Pfleger als Abgeordnete des Badischen Landtages durch die Kammerverhand-

lungen von der Theilnahme an der Sitzung abgehalten seien. Herr Klein habe schriftlich seinen Dank dafür ausgesprochen, daß durch die Einlegung der neuen Züge auf der Tauberthalbahn und der neuen Schnellzüge der Oberrheinbahn die langjährigen Wünsche des Tauberthales und des Oberrheins erfüllt seien.

Den ersten Gegenstand der Verhandlungen bildete die Vorlage des 2. Nachtrags zum Verzeichniß der Ausnahmeariffrate, welcher keinen Anlaß zu weiteren Erörterungen bot.

Als zweiten Punkt machte die Generaldirektion über die Erledigung mehrerer den Untertarif betreffenden Verhandlungsgegenstände früherer Sitzungen folgende Mittheilungen:

Der Nothstandstarif für Düngemittel wurde mit Wirkung bis zum 30. April 1902 neu herausgegeben, wobei der Kreis der begünstigten Düngemittel erweitert und die Anwendung des Tarifs erleichtert wurde.

Die Ergebnisse über die Benützung der Ausnahmeariffrate für Malz und Getreide, Mählenerzeugnisse n. s. w. zur Ausfuhr nach der Schweiz wurden für das Jahr 1897 bekannt gegeben. Eine günstige Wirkung des Ausnahmeariffrats auf die badische Landwirtschaft konnte hierbei nicht festgestellt werden.

In den deutschen Eisenbahngütertarif Theil I wird voraussichtlich auf 1. April 1899 ein Spezialtarif für bestimmte Güter mit den Frachttarifen für Frachtgut aufgenommen werden. Derselbe soll außer den seither schon eigentümlich zur Frachttariffahrt beförderten Gütern (Bienen, lebenden und frischen Fischen, Stein- und Kernoß in Körben) noch die Frachtgegenstände Brod, Butter, frisches Gemüse, als: grüne Bohnen, grüne Erbsen (Schoten), Salat, Spinat und Gurken, sowie Milch umfassen. Bezüglich des Stein- und Kernoßes soll die Befreiung auf in Körben verpackte Sendungen wegfallen. Außerdem soll für sämtliche in den vorstehend genannten Spezialtarif aufgenommenen Güter die Lieferfrist für Eilgut eingehalten werden, während bisher die Bahnen bei den eigentümlich zur Frachttariffahrt beförderten Gütern keine Gewähr für Einhaltung einer kürzeren als der für Frachtgut festgesetzten Lieferfrist übernehmen.

Die Aushebung des Rohstofftarifs auf die Hölzer des Spezialtarifs III mußte abgelehnt werden, weil nachgewiesen worden war, daß die badische Forstwirtschaft kein erhebliches Interesse an dieser Maßnahme habe und die Eisenbahnverwaltung im Hinblick auf die Interessen der Sägenindustrie Bedenken tragen mußte, eine schwerwiegende und in ihren Folgen nicht absehbare Entschleunigung herbeizuführen.

Ueber die Verlegung von Kraftfuttermitteln (eventuell auch Kleie) in den Spezialtarif III, sowie über die Detarification von Getreide und Hörtarification von Mehl ist in der ständigen Tarifkommission noch nicht verhandelt worden.

Der Antrag auf gleichmäßige Tarification von Hopfenstangen beliebiger Länge mit jenen unter 2,5 m Länge mußte im Einverständnis mit der württembergischen und bayerischen Staatsbahn abgelehnt werden, weil das Bedürfnis zu einer solchen Detarification nicht genügend nachgewiesen war und von der Verwirklichung des Antrags unliebsame Berufungen befürchtet wurden.

Aus den Verhandlungen, die sich an diese Mittheilungen anknüpften, wird hervorgehoben, daß Herr Kommerzienrath Reiß die Beibehaltung des Ausnahmeariffrats für Düngemittel als ständige Einrichtung über 1902 hinaus wünscht. Es wird zugestimmt, diesen Wunsch zur gegebenen Zeit zu prüfen.

Herr Bromeyer schildert die verberbliche Wirkung des Ausnahmeariffrats für Getreide u. s. w. nach der Schweiz auf die oberbadische Mählindustrie.

Die Generaldirektion theilt mit, daß sie mit der preussischen Eisenbahnverwaltung in's Benehmen getreten sei, um die Mißstände möglichst zu beseitigen.

Herr Bromeyer wünscht, falls eine Verständigung nicht erzielt werden könne, daß die Ausnahmeariffrate für die schweizerischen Grenzstationen so lange auf die vorgelegenen badischen Stationen übertragen werden, als solche billiger sind als die demaligen Getreidefrachttarife der letzteren. Hierzu wird von verschiedenen Seiten bemerkt, daß eine solche Maßnahme unliebsame Rückwirkungen auf die südbadische Landwirtschaft im Gefolge haben würde.

Seine Excellenz der Herr Minister v. Brauer erkennt an, daß die Frage sehr wichtig und schwierig sei und einer sorgfältigen Prüfung bedürfe; er hoffe aber, daß sich im Benehmen mit der preussischen Eisenbahnverwaltung ein Ausweg finden lasse, der den verschiedenen badischen Interessen Rechnung trage.

Herr Frhr. v. Göler wünscht die Aufnahme von Spargeln in den Spezialtarif für bestimmte Güter. Die Generaldirektion theilt mit, daß ein bezüglicher Antrag von der ständigen Tarifkommission mit Rücksicht auf den hohen Preis der Spargeln abgelehnt worden sei.

Bezüglich der Verlegung von Kraftfuttermitteln (eventuell auch Kleie) in den Spezialtarif III theilt Herr Etklinger mit, daß im Handelskammerbezirk Karlsruhe die Anschauungen verschieden seien, indem die großen Mählbetriebe die Detarification wünschen, die mittleren und kleinen Mählen dagegen sich für die Beibehaltung der seitherigen Tarife namentlich für Kleie aussprechen.

Ueber die Detarification von Getreide und Hörtarification von Mehl entspinnt sich eine längere Debatte, aus der hervorgeht, daß die badische Landwirtschaft sich gegen die Detarification von Getreide und für die Hörtarification von Mehl ausspricht, ferner daß die Mählindustrie der letzteren Maßnahme zustimmt. Darüber, ob die Hörtarification von Mehl eine Steigerung des Brodpreises herbeiführen werde und deshalb vom Standpunkt der Konsumenten aus bedenklich erscheine, waren die Meinungen getheilt. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Vatikan.

Rom, 22. März.

Wie schon früher angekündigt, wird der Papst im nächsten Konfistorium die Ernennung des neuen griechisch-melchitischen Patriarchen, Mgr. Geraghty, ver-

kündigen, und es wird versichert, was auch sehr glaublich klingt, daß die Allocution Leo's XIII. hauptsächlich sich mit der Frage der Vereinigung der orientalischen Kirchen beschäftigt werde, die ihm ganz besonders am Herzen liegt. In diesem gleichen Konfistorium wird der Papst die schon vor 18 Monaten durch ein Breve erfolgte Ernennung der neuen katholischen Bischöfe für Rußland feierlich verkündigen. Bekanntlich sollten es deren sieben sein, doch fehlt darunter nunmehr Mgr. Symon, der beifignte Bischof von Ploß, der inzwischen auf Grund der von ihm begangenen Mißgriffe, wie man weiß, von der russischen Regierung in Odessa internirt wurde. Trotz diesem bedauerlichen Zwischenfall, der indeß als vollständig beseitigt zu betrachten ist, darf man die gleichzeitige Ernennung von sechs neuen Bischöfen als einen bemerkenswerthen Erfolg der päpstlichen Diplomatie betrachten und als einen deutlichen Beweis der guten Beziehungen zwischen dem Vatikan und Rußland.

Dagegen herrscht augenblicklich zwischen dem Vatikan und der Französischen Republik eine entschieden hervorgetretene Meinungsverschiedenheit über einige bischöfliche Kandidaturen. Es läßt sich noch nicht absehen, ob diese Schwierigkeiten sich noch vor dem Konfistorium werden beseitigen lassen und ob daher auf eine Besetzung aller erledigten Bischofsstühle zu rechnen ist. Wenn eine Einigung zwischen dem Staatssekretariat und der Regierung der Republik nicht herbeigeführt werden kann, muß man dieses dem Verhalten des Ministeriums Méline zuschreiben. Ohne Zweifel ist Leo XIII. daran gewöhnt, von der Republik in solcher Münze bezahlt zu werden. Immerhin ist es etwas hart für die päpstliche Diplomatie, in solchen Fragen zweiten Ranges eine Niederlage zu erleiden in einem Augenblick, in welchem der Vatikan den „Katholiken“ die Nothwendigkeit darlegt, bei den bevorstehenden Wahlen die ministeriellen Kandidaten zu unterstützen. Bei dieser Sachlage ist ja wohl anzunehmen, daß durch gegenseitige Nachgiebigkeit eine Verständigung erfolgen werde. Jedenfalls könnte das Ministerium Méline keinen ungeeigneteren Moment wählen, um den Papst zu bestimmen. Die Mission des Kardinals Kopp und die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen über das Protektorat der Missionen dürften doch wohl ein Fingerzeig sein, den das Ministerium Méline nicht außer Acht lassen wird.

Es wird hier viel besprochen, daß der belgische Abbe Daens, der Führer der dortigen christlichen Demokraten, gegen den Anspruch des Bischofs von Gent, der ihm auf das Bestimmteste verboten hat, bei den Wahlen als Kandidat aufzutreten, an den römischen Stuhl appellirt hat. Obwohl Kardinal Rampolla jederzeit der christlichen Demokratie seine Sympathie bezeugt hat, ist es doch wahrscheinlich, daß der heilige Stuhl dem Vorgehen des Bischofs von Gent seine Billigung nicht verjagen wird. Die oberste kirchliche Autorität kann unmöglich zulassen, daß in den Reihen des Klerus die Insubordination Platz greife. Der Vatikan hat um so mehr Grund, sich gegen den Abbe Daens zu erklären, als die christlichen Demokraten Belgiens eine durchaus unzulässige Politik betreiben, indem sie dem revolutionären und antimonarchischen Sozialismus die Wege ebnen. Kein Geringerer als der König von Belgien selbst hat die Aufmerksamkeits des Papstes auf die Gefahren hingelenkt, mit denen die subversiven Tendenzen der christlichen Demokratie in Belgien die Dynastie und den Bestand der Staatsordnung bedrohen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 25. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Dr. Buchenberger entgegen. Darnach meldete sich der Rittmeister Ullmann, Estadronchef im Schleswig-Holstein'schen Ulanen-Regiment Nr. 15, bisher im Kurmärkischen Dragoner-Regiment Nr. 14 und Adjutant der 31. Kavallerie-Brigade, sowie der Premierlieutenant Baron Digeon von Monteton vom 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20, kommandirt zum Generalstab.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Majors von Pannwitz und des Legationssekretärs Dr. Seyb.

Dem zum Generalkonsul der Republik Ecuador in Mannheim ernannten Großkammerzienrath Karl Haas daselbst ist das Exequatur zur Ausübung der konsularischen Funktionen erteilt worden.

* (Groß. Hoftheater.) Am Donnerstag den 31. März wird neu einstudirt Richard's komische Oper „Gute Nacht, Herr Pantalon“ in Scene geben. Die Hauptpartien liegen in den Händen der Damen Koss, Friedlein, Bredem und der Herren Buffard, Nebe, Meyer. Vorher wird Bizet's Oper „Djamileh“ gegeben werden. Für Dienstag den 29. März ist „Der Baletto“ und das Ballet „Coppelia“, für Sonntag den 3. April „Triton und Isolda“ in Aussicht genommen. Die Partie des Königs Marke in letzterem Werke wird Moritz Fräncher vom Hoftheater in Stuttgart singen. Das Schauspiel bringt am Freitag den 1. April „Die gefesselte Phantasia“, am Samstag den 2. April „Heimath“.

* (Badischer Frauenverein Abtheilung I.) Nach dem Jahresbericht der Luise-Schule betrug die Zahl der Schülerinnen bei Beginn des Schuljahres 82, vier sind im Laufe des Jahres ausgetreten, so daß 78 den jetzigen Stand bilden, sämmtlich mit Kost und Wohnung in der Anstalt. Die Schule ist eingetheilt in die Abtheilungen A und B. Erstere zerfällt wiederum in 2 Klassen, I. und II. In Abtheilung A, welche auf einen zweijährigen Kurs berechnet ist, werden Mädchen aufgenommen, welche im Alter von 14 bis 16 Jahren stehen, doch ist es angängig, daß Mädchen, welche die nöthigen Vorkenntnisse

besitzen, früher oder gleich in die II. Klasse eintreten. Für den Besuch der Abtheilung B ist in der Regel ein Alter von 16 Jahren erforderlich. Während in Abtheilung A das Hauptgewicht auf die Unterweisung in weiblichen Handarbeiten und Weiterbildung in Schulfächern gelegt wird, in Verbindung mit der nöthigen Anleitung in der Wirtschaft und in der Küche, soll die Abtheilung B den Schülerinnen in viel höherer Maße eine gute Ausbildung in wirtschaftlicher Beziehung bieten. Von den 42 Lehrstunden in der I. Klasse der Abtheilung A sind 20, von 45 in der II. Klasse 25 und von 45 in der Abtheilung B 29 dem Handarbeitsunterricht gewidmet. Die diesjährige öffentliche Prüfung, verbunden mit einer Ausstellung der Arbeiten, findet morgen, 26. März, statt. Die Anmeldungen für das am 1. Mai beginnende neue Schuljahr sind an den Vorstand der I. Abtheilung des Badischen Frauenvereins zu richten.

* (Der Karlsruher Bezirksverein deutscher Ingenieure) beabsichtigt während der Monate April, Mai, und Juni einen Cyklus von Vorträgen über elementare Maschinenkunde zu veranstalten, welche den Zweck haben sollen, den Werkmeistern und besonders geeigneten Arbeitern industrieller Etablissements Gelegenheit zu geben, sich einige theoretische Fachkenntnisse anzueignen. Die Vorträge werden durch Herrn Regierungsbaumeister Joos wöchentlich zweimal, Mittwoch und Freitag Abends von 8^{1/2} bis gegen 10 Uhr, stattfinden, und ist als Ort hierfür infolge dankenswerthen Entgegenkommens Groß-Generaldirektion die Speisehalle der Groß-Eisenbahn-Hauptwerkstätte in Aussicht genommen. Beginn der Vorträge Freitag 15. April.

* (Heidelberg, 24. März.) Zwischen dem 15. und 20. Mai d. J. wird das internationale Centralcomité der Freisinnigen in Heidelberg seine Sitzungen abhalten. Der Gegenstand der Beratungen wird die Festsetzung des Termins, des Programms und der Tagesordnung des Vissaboner Kongresses sein. Es ist dies das erste Mal, daß das Centralcomité auf deutschem Boden zusammentritt. Heidelberg wurde gewählt wegen seiner centralen Lage, aber auch wegen seiner Naturanschönheiten und nicht zum wenigsten wegen der liebenswürdigen Gastfreundschaft, die man hier bei solchen Gelegenheiten stets erblickt.

* (Vom Oberlande, 24. März.) Die Landwirtschaftliche Kreiswinterschule zu Müllheim ist während des laufenden Winterhalbjahres von 33 Schülern besucht worden, welche sich auf sämmtliche Bezirke des Kreises vertheilen; der größte Theil entfällt, wie gewöhnlich, auf den Bezirk Müllheim. Den Gesuchen um Aufnahme in die Schule konnte mit Rücksicht auf die beschränkten Schulräumlichkeiten nicht durchweg entsprochen werden. Erleichterungen im Schulbesuch durch Gewährung von Stipendien und Erlaß des Schulgeldes wurden im Gesamtbetrage von 260 M. sieben Schülern zu Theil. Die Schule erhielt auch in diesem Semester wieder von verschiedenen Seiten in dankenswerther Weise Zuwendungen zur Erleichterung und Förderung des Unterrichts. Das Lehrpersonal besteht aus den Herren: Vincenz, Landwirtschaftsinspektor und Vorstand der Schule, Fischer, Bezirksthierarzt, Schumacher, Oberlehrer, und Hüb, Lehrer. Die öffentliche Schlussprüfung findet Samstag den 26. d. M. Vormittags 9 bis 12 Uhr, im Rathhause saale statt. Die Wiedereröffnung des Unterrichts ist auf den 3. November d. J., Nachmittags 2 Uhr festgesetzt. Das Schulgeld beträgt 10 M. Anmeldungen sind an den Vorstand der Schule zu richten, welcher zu jeder Auskunft bereit ist.

* (Aus dem Bieenthal, 24. März.) Auf kirchlichem Gebiete treten in B r r a c h für die Folge wesentliche Veränderungen ein. Des Sonntag Vormittags werden statt eines vollen Gottesdienstes abgehalten, wofür die Abendgottesdienste in Wegfall kommen. In der Charwoche wird täglich statt um 5 Uhr um 8 Uhr Gottesdienst abgehalten, um den Arbeitern dessen Besuch zu ermöglichen. Diese Veränderung läßt sich dadurch erzielen, daß neben dem Stadtpfarrer zwei Vikare thätig sind. Die evangelische Gemeinde, zu der noch Steuten zählt und die Diaspora zuzählen, hat an Zahl so zugenommen, daß besonders an Festtagen der Raum der Kirche für einen Gottesdienst nicht genügt. — Vom 20. bis 28. Mai wird in B r o m b a c h ein Zimterkurs unter der Leitung des Herrn Hauptlehrers Gerathenwohl für männliche und weibliche Theilnehmer abgehalten. Der Unterricht ist unentgeltlich; der tägliche Pensionspreis sehr billig. Für Unbemittelte treten wesentliche Erleichterungen ein.

* (Vom Bodensee, 24. März.) Im Dienstbezirk des Großherzogthums Stodach bezifferten sich die Einlagen von Wein während der letzten zwei Jahre folgendermaßen, und zwar: 1896 im Amt Stodach: 6 188 Hektoliter; Amt Wehrloch: 3 069 Hektoliter; zusammen 9 257 Hektoliter. Im Jahre 1897 im Amt Stodach: 6 232 Hektoliter; Amt Wehrloch: 2 773 Hektoliter; zusammen 9 005 Hektoliter. Die inländische Bierproduktion ergab im Jahr 1896 im Amt Stodach: 18 563 Hektoliter; im Amt Wehrloch: 16 288 Hektoliter; zusammen 33 846 Hektoliter. 1897 im Amt Stodach: 17 553 Hektoliter; im Amt Wehrloch: 13 360 Hektoliter; zusammen 30 913 Hektoliter. Eingeführt wurden 1896 im Amt Stodach: 1 270 Hektoliter; im Amt Wehrloch: 4 590 Hektoliter; zusammen 5 860 Hektoliter. 1897 wurden im Amt Stodach eingeführt: 1 560 Hektoliter; im Amt Wehrloch: 4 629 Hektoliter; zusammen 6 189 Hektoliter. An Brauwasser wurde im Jahre 1896 in beiden Amtsbezirken produziert: 9 712 Liter reiner Alkohol, im Jahre 1897 dagegen 12 425 Liter.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

* London, 25. März. Die „Times“ melden aus Peking vom 24. März: China nahm gestern sämmtliche russische Forderungen an. Die Zugeständnisse sind folgende:

1. Die Verpachtung von Port Arthur auf 25 Jahre als befestigten Marinestützpunkt.
2. Die Verpachtung von Talienswan als offenen Hafen und zugleich als Endstation für die transmanchurische Eisenbahn für eine ähnliche Zeitdauer und mit dem Recht auf Befestigung.
3. Das Recht für Rußland, eine Eisenbahn von Petuna nach Talienswan und Port Arthur unter denselben Bedingungen wie bei der manchurischen Bahn zu erbauen.

Das Telegramm fügt hinzu, daß China seine Stellung wahr durch Beibehaltung nomineller Oberhoheitsrechte, aber die Verpachtung sei im übrigen gleichbedeutend mit Abtretung.

* (Yokohama, 25. März.) Der amerikanische Rathgeber im koreanischen Ministerium des Auswärtigen, Greathouse, ist verabschiedet worden. Den russischen Instruktionsoffizieren hat die koreanische Regierung eine Entschädigung von 3 300 Pfund Sterling bezahlt.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* (Somburg v. d. S., 25. März.) Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin treffen nach neueren Meldungen gemeinschaftlich am Dienstag, den 29. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, hier ein. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich werden in Begleitung des Oberhofpredigers Dr. Drander am 1. April hier erwartet.

* (Berlin, 25. März.) In der gestrigen Magistratsitzung theilte Oberbürgermeister Zelle mit, daß er sich entschlossen habe, infolge vorgerückten Alters und weil er allen Anforderungen, die ein so großes Gemeinwesen an seine Kraft stelle, nicht mehr genügen könne, vom 1. Oktober ab in den Ruhestand zu treten.

* (Kiel, 25. März.) Das Schulschiff „Stein“ ist aus Westindien hier eingetroffen.

* (Rom, 25. März.) Bei Schluß der Kammer Sitzung theilt der Präsident mit, er habe von Crispi ein Schreiben erhalten, worin er erklärt, er werde sein Mandat als Deputirter niederlegen und die Kammer bitten, die Demission anzunehmen. Die Kammer nahm dieselbe ohne Erörterung an. In den Couloirs wurde die Ansicht geäußert, Crispi werde sich in Palermo wieder zur Wahl stellen.

* (Madrid, 25. März.) Die Regierung befreit die Absicht, neue Verstärkungen nach Cuba zu entsenden. Der „National“ veröffentlicht einen angeblichen Brief des Insurgentenführers Maximino Gomez an General Blanco, in welchem er die ihm gestellten Bedingungen zur Unterwerfung zurückweist.

* (Algier, 24. März.) Gegen den Gouverneur kam es zu feindseligen Kundgebungen Anlaßlich der Verhaftung des antisemitischen Agitators Mar Regis veranfaltete die Menge Kundgebungen vor dem Staatsgefängniß. Zuweilen trieben die Menge auseinander. Mehr Personen wurden verhaftet. Die Ruhe ist nicht gestört.

* (Washington, 25. März.) Präsident Mac Kinley erklärte in einer Unterredung mit hervorragenden Vertretern des Repräsentantenhauses nachdrücklich, er werde alles in seinen Kräften Stehende thun, um den Krieg zu verhindern. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß er hierzu im Stande sein werde. Senator Thurston hielt im Senate eine leidenschaftliche Rede, in welcher er dazu aufforderte, Gewehre und Nahrungsmittel nach Cuba zu senden.

Verschiedenes.

* (Sagan, 25. März.) (Telegr.) Der Ertrag mit der Leiche des Herzogs von Sagan ist um 10 Uhr Vormittags hier eingetroffen. Dem Leichentodte folgte als Vertreter seiner Majestät des Kaisers Prinz Max von Baden.

* (Paris, 25. März.) (Telegr.) Die feierliche Aufnahme des Ministers Hanotaux in die französische Akademie fand heute in Gegenwart einer glänzenden Versammlung statt.

* (London, 25. März.) (Telegr.) Nach einer Meldung aus Perim von heute Morgen ist der Dampfer „China“ der Peninsular Oriental Steam Navigation Company, von Sibirien nach London bestimmt, auf Azalia Point gestrandet.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Samstag, 26. März. Abth. A. 61. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum erstenmal: „Im weißen Rösch“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr.
Sonntag, 27. März. Abth. C. 61. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Die Stimme von Portici“, große Oper in 5 Aufzügen nach dem Französischen des Scribe, Musik von Auber. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 22. März. Frieda, B.: Leopold Glaser, Maschinist. — Frieda, B.: Leopold Kaiser, Schreiner. — 23. März. Wilhelm Adolf, B.: Wilhelm Baum, Kaufmann. — 25. März. Oskar Eugen, B.: Jakob Meßbittel, Bremser. — 24. März. Johannes Foram von Elchesheim, Förder hier, mit Katharina Koch von Dorland. — Lukas Heß von Bietigheim, Schuhmacher hier, mit Barbara Sawwald von Unterroth. — Ludwig Riedle von Oldenburg, Maler hier, mit Friederika Häfner-Müller von Durlach. — Hermann von Trautteur von Zweibrücken, Bierbrauer hier, mit Emilie Ott von Tauberbischofsheim. — Wilhelm Truß von Altenlotheim, Schneider hier, mit Ernestine Augenstein von Emmendingen. — August Ruder von Hohenheim, Hausburche hier, mit Luise Schum von Oshenbach. — Josef Stellberger von Kronau, Sergeant hier, mit Maria Sped von hier. — Gottfried Surer von Arisdorf, Prediger hier, mit Martha Gebhardt von Pforzheim. — Todesfälle. 23. März. Karl Des, ledig, Soldat, 21 J. — Luise, Wittve von Karl Schneider, 69 J. — Helene, Wittve von Heinrich Ruchtag, Kassier, 61 J. — August, 3. M. 10 J., B.: Servatius Schmieder, Zimmermann. — 24. März. Elisabeth, Wittve von Jakob Schlexer, Schuldiener, 60 J. — Anna, Ehefrau von Karl Böcker, Hauptmagazinmeister, 45 J. — Otto Krauth, Wittver, Privatier, 65 J.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hyd. v. 25. März 1898.

Die Depression welche gestern über dem nördlichen Ozean gelegen war, hat sich nach dem Golf von Genua verlegt, doch macht sich ihr Einfluß noch weit nordwärts geltend, so daß in Mitteleuropa das trübe, zu Regen- und Schneefällen geneigte Wetter anhält. Das barometrische Maximum über Nordeuropa hat an Höhe noch zugenommen, sodaß in ihm der Luftdruck 780 mm überschreitet; dementsprechend nähern allgemein nördliche Winde, welche im Ostseegebiet stürmisch auftreten und welche der Witterung rauhen Charakter verleihen. Fortdauer des kalten Wetters mit Schnee- und Regenfällen ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feuchtigk. in mm	Wind	Stauwet
24. Nachts 9 U.	739.6	1.8	4.3	SW	bedeckt
25. Morgs. 7 U.	740.1	0.3	4.0	NE	„
25. Mittags 2 U.	736.2	5.3	4.5	„	„

Höchste Temperatur am 24. März 5.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.0.

Niederschlagsmenge des 24. März 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins. Magaz. 25. März: 3.87 m, gefallen 3 cm.

Beantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei der am 14. d. Mts. vorgenommene Auslösung der vertragsmäßigen zwölften Amortisationsquote des Anlehens der Stadt Konstanz von 3,700,000 Mark sind folgende Obligationen gezogen worden:

- Sit. A. Nr. 21, 163, 295, 363, 390.
- Sit. B. Nr. 19, 153, 323, 447, 527, 690, 841, 866, 997, 1013, 1065, 1221.
- Sit. C. Nr. 249, 332, 425, 431, 478, 560, 658, 683, 703, 810, 811, 825, 930, 1021, 1080, 1181, 1252, 1288, 1538, 1614, 1640, 1675, 1790, 1857, 1901, 1983.
- Sit. D. Nr. 53, 85, 88, 98, 119, 149, 232, 308, 316, 370, 401, 441.
- Sit. E. Nr. 69, 74, 325, 376, 405, 408, 453, 499.
- Sit. F. Nr. 30, 215, 216, 219, 220, 280, 335, 395, 472, 495.

Die Heimzahlung dieser Obligationen nebst Zins erfolgt am 1. Juli 1898 bei den verabredeten Zahlstellen, und es hört mit diesem Tage die Verzinsung auf.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß aus der letztjährigen Ziehung die Obligation Sit. E. Nr. 160 noch nicht zur Einlösung gekommen ist.

Konstanz, den 16. März 1898.

L. 449.

Der Stadtrath.
Weber.

Hedmann

Badischer Frauenverein. Frauenarbeitschule.

Montag den 25. April d. J., Morgens 8 Uhr, beginnen sämtliche Kurse der Frauenarbeitschule, und zwar im Handnähen, Maschinennähen, Kleidermachen, Weißsticken, Putzmachen, Freihandzeichnen, sowie Wusterschnittzeichnen.

Auswärtigen Schülerinnen kann in beschränkter Zahl Pension in der Anstalt gewährt werden.

Anmeldungen wollen baldigst an unterzeichnete Stelle eingereicht werden. Karlsruhe, im März 1898.

L. 454.1

Der Vorstand der Abteilung I.
Gartenstraße 47.

Badischer Frauenverein.

In der Luise-Schule, Leopoldstraße Nr. 61 dahier, findet

Samstag, den 26. d. M., von 9 bis 12 Uhr,

eine öffentliche Schlußprüfung statt, an die sich Nachmittags 3 Uhr in der Turnhalle der höheren Mädchenschule, Sofienstraße, eine Turnprüfung anreißt. Die während des Schuljahres angefertigten Handarbeiten und Zeichnungen sind am Freitag den 25. d. M., von 10 bis 6 Uhr, und am Prüfungstag von 9 bis 4 Uhr zur Besichtigung ausgestellt.

Wir beehren uns hiezu ergebenst einzuladen.

Karlsruhe, den 22. März 1898.

L. 380.3.

Der Vorstand der Abteilung I.

Eine ältere elektrotechnische Fabrik 1. Ranges in Süddeutschland sucht für Karlsruhe und Umgebung einen tüchtigen Vertreter, hauptsächlich zum Vertrieb ihrer Maschinen für Beleuchtung und Kraftübertragung.

Beste Referenzen erforderlich. Gest. Offerten unter W. F. an die Expedition ds. Blattes.

L. 381.2.

Luft-Kurort Schloss Hornegg Kur-Anstalt

am Fusse des Odenwalds Station: Gundelsheim am Neckar.

Einrichtung für die gesamte Wasser- und Bäderbehandlung: Soolbäder etc., Massage, Heilgymnastik, Diätikuren etc. Kuren nach Uebereinkunft mit dem Hausarzt. Leitung: Dr. Kleinmann u. Frau Eberhard. Das ganze Jahr besucht.

Luftkurstage von 44. - ab täglich. Schlossrestauration. Pensionsv. 4.50 ab täglich.

HERMANN OERTEL Fabrikate

empfehlen "Wanderer" "Phänomen" "Karlsruhe" Reparaturen. Einleitungsbroschüre 33. Billigste Preise. Fabrikations- und Reparaturwerkstätte.

licher Geschäftsführung vom 2. Dezember 1896 bis Juni 1897 mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von 126 M. 22 Pf. und 5% Zins vom Klageaufstellungstag an und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Waldshut auf.

Samstag den 21. Mai 1898, Vormittags 1/10 Uhr. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Reich, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Eine Wohnung, bestehend in 5 Zimmern, Küche, Keller, Speicher u. Garten, hat zu vermieten **Anton Schmidt,** Maurermeister, **L. 451.1 Oberkirch,** Mendthal.

Bürgerliche Rechtsstreite. Ladung. **L. 376.2. Nr. 1671. Waldshut.** Die Ehefrau des Wilhelm Weicker, Marie, geb. Steinegger in Steinen, vertreten durch Rechtsanwalt Böcker in Bruch, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, auf Scheidung der zwischen den Streitpartei am 5. Oktober 1886 zu Unterlauchringen geschlossenen Ehe wegen grober Verunglimpfung und harter Mißhandlung der Klägerin durch den Beklagten, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Civilkammer des Groß. Landgerichts zu Waldshut auf den 4. Juni 1898, Vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Waldshut, den 19. März 1898.

Elfner, Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

L. 444.1. Nr. 9783. Waldshut. Der Landwirth Xaver Vogelbacher von Untermetzingen, vertreten durch Paul Winkler in Waldshut, klagt gegen den Landwirth Kaspar Lüber von Obhningen, z. Zt. an unbekanntem Orten in Amerika, aus Wertberding, nüt-

L. 446.1. Nr. 14, 351. Mannheim. Auf Antrag des Optikers Wilhelm Pfaff in Heidelberg erläßt das Gr. Amtsgericht III Mannheim das Aufgebot des 3/4%igen Pfandbriefes der Rheinischen Hypothekbank Mannheim Serie 34 Lit. A. Nr. 0103 über 100 M.

Der Inhaber desselben wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem auf 17. Mai 1901, Vormittags 10 Uhr, vor Groß. Amtsgericht III bestimmten Aufgebotsstermine anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls deren Kraftloserklärung erfolgen wird. Mannheim, den 21. März 1898.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Staff.

L. 438. Nr. 5 20. Rastatt. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Lederhändlers Bernhard Bodenheimer in Rastatt wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins heute aufgehoben.

Rastatt, den 23. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Zitel.

Vermögensabsonderungen. **L. 455. Nr. 3551. Karlsruhe.** Durch Urtheil des Groß. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer II, vom heutigen wurde die Ehefrau des Landwirths Oskar Steifer, Friederike, geb. Bigger in Pforzheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes absondern.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht. Karlsruhe, den 12. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Baur.

Gesellschaft für Spinnerei & Weberei Ettlingen.

Kündigung der 4 1/2 %igen Obligationen-Anleihe.

Nachdem in der Generalversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft vom 24. März d. J. die Rückzahlung unserer 4 1/2 %igen Obligationen-Anleihe vom 1. September 1890 beschlossen worden ist, kündigen wir hierdurch nach Maßgabe des § 1 der Anleihe-Bedingungen den gesammten Restbetrag dieser Anleihe zur Rückzahlung auf den 1. Juli d. J.

Die 4 1/2 %ige Verzinsung genannter Obligationen wird demnach vom 1. Juli d. J. aufhören und erfolgt die Einlösung der Obligationen von diesem Tage ab an der Gesellschaftskasse in Ettlingen oder bei den auf den Zinsscheinen verzeichneten Bankhäusern, wobei bemerkt wird, daß an Stelle der erloschenen Bankfirma G. Müller & Conf. deren Rechtsnachfolgerin die Filiale der Rheinischen Creditbank in Karlsruhe tritt.

Zur Tilgung vorbezeichnete noch ausstehende 4 1/2 %iger Partial-Obligationen und zum Zwecke der Vergrößerung unserer Betriebsanlagen haben wir gemäß des Beschlusses der Generalversammlung eine auf unsere Liegenschaften sammt liegenschaftlichen Zugehörden an I. Stelle hypothetisch einzutragende 4 1/2 %ige Anleihe im Betrage von Mark 2,500,000.— mit der Filiale der Rheinischen Creditbank in Karlsruhe abgeschlossen.

Diese bis 1. September 1905 unkündbare Anleihe ist eingetheilt auf Namen lautende und durch Indossament übertragbare Partial-Obligationen in Stücken von M. 2000.—, M. 1000.— und M. 500.—, verzinstlich je am 1. März und 1. September.

Den Besitzern von den per 1. Juli 1898 gefündigten 4 1/2 %igen Partial-Obligationen wird nach Uebereinkunft mit der contrahirenden Bank die Verzinsung eingeräumt, die 4 1/2 %igen Obligationen ohne Entgelt in 4 % umzutauschen, sofern die Anmeldung zum Umtausch in der Zeit vom 1. bis einschl. 12. April d. J. bei der Filiale der Rheinischen Creditbank in Karlsruhe erfolgt.

Die gefündigten 4 1/2 %igen Obligationen sind mit Coupons per 1. September 1898 u. ff. einzuliefern. Der Coupon per 1. September 1898 wird sofort mit M. 21.67 Pf. eingelöst. Die Mängel der eingereichten gefündigten Obligationen werden mit Anmeldeungsvermerk versehen zurückgegeben und nach Fertigstellung der neuen 4 %igen Obligationen mit Coupons per 1. März 1899 u. ff. umgetauscht.

Ettlingen, den 24. März 1898. L. 450.

Direction der Gesellschaft für Spinnerei & Weberei.

L. 427. Nr. 4991. Mannheim. Die Ehefrau des Gefängnißaufsehers Carl Stengel, Susanna, geborene Freimüller in Mannheim, hat gegen ihren Ehemann bei diesem Landgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes absondern.

Termin zur Verhandlung hierüber ist auf Dienstag den 10. Mai 1898, Vormittags 9 Uhr, bestimmt.

Dies wird zur Kenntnißnahme der Gläubiger anordnungsweise veröffentlicht. Mannheim, den 21. März 1898. Gerichtsschreiber Groß. Landgerichts: Freund.

L. 448. Nr. 2522. Mosbach. Durch Urtheil der II. Civilkammer des Groß. Landgerichts Mosbach vom 19. Februar 1898, Nr. 2522, wurde die Ehefrau des Sattlers Hermann Philipp Rürberger in Lauda, vertreten durch Rechtsanwält Spiegel in Tauberbischofsheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes absondern.

Mosbach, den 12. März 1898. Gerichtsschreiber Groß. Landgerichts: Greiner.

L. 426. Nr. 9845. Freiburg. Durch Urtheil dieses Landgerichts vom 21. März d. J. wurde die Ehefrau des z. Zt. in Konstanz befindlichen Gastwirths Karl Rothstein hier für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes unter Verfallung des letzteren in die Kosten absondern.

Freiburg, den 23. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: F. Frey.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. **L. 443.1. Nr. 2458. Gernsbach.** Das Groß. Amtsgericht Gernsbach hat heute folgenden

Borbeseid erlassen: Gegen den am 30. Oktober 1835 zu Reichenthal geborenen Hufschmied Andreas Klumpp, zuletzt daselbst auch wohnhaft gewesen, welcher im Jahre 1856 nach Amerika ausgewandert ist und seit dem Jahre 1880 keine Nachricht mehr von sich gegeben hat, somit vermist ist, ist die Verschollenheitserklärung beantragt.

Derselbe wird aufgefordert, binnen Jahresfrist Nachricht von sich anher gelangen zu lassen.

Zugleich ergeht an alle Diejenigen, welche über Leben oder Tod des Vermissten Auskunft zu erteilen vermögen, die Aufforderung, hiervon binnen gleicher Frist Anzeige anher zu erstatten. Gernsbach, den 19. März 1898. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Neuer.

L. 400.1. Nr. 3646. Radolfzell. Das Groß. Amtsgericht Radolfzell hat heute folgenden

Borbeseid erlassen: Gegen den am 5. August 1853 zu Friedingen, Amt Konstanz, geborenen Glaser Rupert Roman Höllner, der seit dem Jahre 1887 vermist wird, ist Antrag auf Verschollenheitsklärung gestellt.

An den Vermissten ergeht die Aufforderung, binnen Jahresfrist

binnen Jahresfrist

binnen Jahresfrist

Mengsdorf von Michelfeld hat dessen Witwe Elisabetha, geb. Wanges, um Einweisung in den Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten.

Diesem Gesuch wird entsprochen, falls nicht binnen vier Wochen Einsprachen dagegen hier vorgebracht werden. Sinsheim, den 12. März 1898.

Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: Gutmann.

Erben-Anruf. **L. 343.2. Karlsruhe.** Johann Baptist Schneider und dessen Bruder Carl Schneider, beide Steinhauer, gebürtig von Dudenheim und zuletzt wohnhaft gewesen in Freiburg i. B., und eventuell deren Kinder, sind nach Gesetz und auf Grund Testaments am Nachlaß des am 16. Dezember 1897 in Karlsruhe verstorbenen Privat Georg Fröhlich erbberichtig.

Dieselben werden hiemit aufgefordert, binnen vier Wochen beauftragt durch den Verlassenschaftsverwalter Nachricht von sich anher gelangen zu lassen. Karlsruhe, den 17. März 1898.

G. Fraeulin, Groß. Notar.

Strafrechtspflege.

L. 283.2. Nr. 4364. Bretten. 1. Der 30 Jahre alte Joseph Bornhäuser von Bretten, zuletzt daselbst wohnhaft, 2. der 29 Jahre alte Carl Friedrich Seitter von Pfaltz, zuletzt in Bretten wohnhaft, 3. der 28 Jahre alte August Bahm von Wenzingen, zuletzt daselbst wohnhaft, 4. der 33 Jahre alte Wilhelm Heß von Schönbühlhof, zuletzt in Gundelsheim wohnhaft,

werden beschuldigt, zu Nr. 1 als Wehrmann der Landwehr I, zu Nr. 2-4 als Kriegsverweigerer ohne Erlaubniß auszuwandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf Mittwoch den 4. Mai 1898, Vormittags 9 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht Bretten zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Rgl. Bezirkskommando zu Bretten ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden. Bretten, den 15. März 1898.

Schwab, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Bermischte Bekanntmachungen.

L. 452. Karlsruhe. **Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Mit Wirkung vom 20. März 1898 ist die Station Deutsch-Oth für den Verkehr mit den badisch-schweizer Uebergangsstationen, sowie mit Neubausen bei Schaffhausen in den Ausnahmestufen I und II einbezogen worden.

Nähere Auskunft erteilen die für den Güterdienst eingetragenen diesseitigen Stationen. Karlsruhe, den 24. März 1898. Generaldirektion.

L. 453. Karlsruhe. **Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Zum Theil II des Tarifs für den direkten Güterverkehr mit der Prinz Heinrich-Bahn ist mit Gültigkeit vom 1. April 1898 der Nachtrag II ausgegeben worden. Derselbe enthält Aenderungen der Ziffer 4 des Baarenverkehrspreises für den Ausnahmestufe Nr. 1 (Holz des Sp. T. II) und sonstige Aenderungen und Ergänzungen der bisherigen Bestimmungen.

Karlsruhe, den 24. März 1898. Generaldirektion.

Bekanntmachung.

L. 442. Nr. 4221. Durlach. Bei diesem Gericht kann ein Incipient als **Volontär** sofort eintreten. Durlach, den 24. März 1898. Groß. bad. Amtsgericht. Bestdtb.

Beste und billigste Bezugsquelle für garantiert neue, doppelt gereinigte und gewollene, echt norddeutsche

Bettfedern.

Wir empfehlen folgende, gegen Nachf. jedes festliche Quantum **Gute neue Bettfedern** pr. Pfd. f. 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1 M. 25 Pfg., 1 M. 40 Pfg.; **Feine prima Halbdaunen** 1 M. 60 Pfg. und 1 M. 80 Pfg.; **Polarfedern:** **Halbweiß** 2 M., **weiß** 2 M. 30 Pfg., 2 M. 50 Pfg.; **Silberweiße Bettfedern** 3 M., 3 M. 50 Pfg., 4 M., 5 M.; ferner: **Echt hiesige Gaudannan** (sehr feinst) 2 M. 50 Pfg., u. 3 M. Verpackung zum Schutze. — Bei Bestellungen von mindestens 75 M. Rab. — Nichtgekauftes bereim. zurückgenommen.

Pecher & Co. in Herford in Westf.